



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz** und **Fraktion (SPD)**

Keine Entlassung von Lehrkräften vor den Sommerferien – Dramatischem Lehrermangel an Grund- und Mittelschulen entgegenwirken – Attraktivität des Lehramtes deutlich erhöhen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem dramatischen Lehrermangel an den Grund- und Mittelschulen mit allen erforderlichen Maßnahmen entgegenzuwirken und so die Unterrichtsversorgung im nächsten Schuljahr sicherzustellen. Es darf zu keiner Reduzierung des Stundenplans kommen.

Dafür sind u. a. folgende Maßnahmen nötig:

1. Die Praxis, vor den Sommerferien angestellte Lehrkräfte zu entlassen, um sie nach den Sommerferien wieder einzustellen, muss dauerhaft gestoppt werden.
2. Alle befristeten Arbeitsverträge müssen noch vor den Sommerferien in unbefristete Arbeitsverträge umgewandelt werden.
3. Die schrittweise Anhebung des Eingangsamtes A 12 nach A 13 muss in einem Stufenplan realisiert werden.
4. Sofort- und Notmaßnahmen wie die Einführung eines Ein-Fach-Lehrers, die Übernahme der Lotsenfunktion von Gymnasiallehrkräften beim Übertritt oder das Aussetzen von Schulentwicklungsprozessen dürfen für maximal zwei Jahre möglich sein.
5. Dem Landtag ist unverzüglich ein detaillierter Bericht über die aktuelle Situation und über die von der Staatsregierung geplanten Maßnahmen zu geben.

Begründung:

Die öffentliche Berichterstattung aus einem internen Papier der Staatsregierung lässt keinen Zweifel mehr zu: Auch in Bayern herrscht an den Grund- und Mittelschulen ein dramatischer Lehrermangel bereits ab dem Schulstart im September. Das Bildungsprogramm und der dazu gehörige Stundenplan drohen nicht mehr aufrecht erhalten werden zu können.

Die verfehlte Personalpolitik des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus hat einen entscheidenden Anteil daran, dass sich immer weniger junge Leute für ein Lehramtsstudium interessieren. Wenn jemand dann wirklich Lehrer werden will, wählt er garantiert nicht das Lehramt mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen und mit der schlechtesten Entlohnung. Andere Länder haben das schon längst erkannt und sind zur Eingangsbesoldung A13 für alle Lehrämter übergegangen.

Die Befristung des Arbeitsverhältnisses gerade im Bereich der mobilen Reserven trägt auch zur Unattraktivität des Grund- und Mittelschullehramts bei. Die Umwandlung aller befristeten Arbeitsverhältnisse in unbefristete ist dringend erforderlich.

Die Übermittlung des den Medien vorliegenden internen Berichts über die Situation an den Grund- und Mittelschulen zum nächsten Schuljahr an den Landtag wäre eine Selbstverständlichkeit, muss aber wohl erneut eigens eingefordert werden.